



Bestellungspreis: 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. — In der Provinz 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. — In der Provinz 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. — In der Provinz 2 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.

Erhebung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 544. Mittag-Ausgabe.

Vierrundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 20. November 1873.

Deutschland.

Berlin, 19. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major a. D. von Veith zu Bonn, bisher Commandeur der 6. Feld-Artillerie-Brigade, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Der ordentliche Lehrer am Marien-Gymnasium zu Posen Dr. Brutkowski ist als Oberlehrer an das Gymnasium in Hadamar versetzt worden. Der Ober-Verwaltungs-Rath von Engelbrecht ist zugleich zum Notar für den Bezirk des Obergerichts zu Hannover mit Anweisung seines Wohnsitzes in der Stadt Hannover ernannt worden.

Die Verleihung des Reichstheaters-Meriten zu Habelschwerdt nach Erstellen ist zurückgenommen und derselbe, auf seinen Wunsch, in den Kreis Glatz versetzt worden.

O. C. Berlin, 19. November. [Auszüge aus den Special-Stats.] Der Etat der Münzverwaltung für das Jahr 1874 ist von besonderem Interesse, weil der Uebergang zur Reichsmünzprägung und die ihrem Abschluss nähernde Ausprägung der neuen Goldmünzen vorzugsweise auf der Leistungsfähigkeit der drei preussischen Münzstätten, in Berlin, Hannover und Frankfurt a. M. beruht. Die Ausgaben dafür sind gegen das laufende Jahr um 4700 Thlr. bis auf 282,900 Thlr. gestiegen, während eine Erhöhung der Einnahmen um 19,600 Thlr. bis auf 363,600 Thlr. erwartet wird. In die letztere Ziffer ist die einmalige Ausgabe von 22,500 Thlr. mit eingeschlossen, um den Umbau der Münzanstalt in Frankfurt im Jahre 1874 zu vollenden, dessen Kosten vor zwei Jahren auf 40,000 Thlr. veranschlagt waren. Zugewachsen sind Materialienpreise und Arbeitslöhne erheblich gestiegen, eine Wasserleitung und Entwässerungsanlage so wie die Anschaffung einer größeren Anzahl Maschinen ist notwendig geworden und wird dafür eine Mehrausgabe von 22,500 Thlr. verlangt. Die Reparatur der alten und die Aufstellung neuer Maschinen, die Vermehrung eines besser besetzten Arbeiter-Personals und die Heranziehung und Ausbildung von Münzgelehrten hat mannigfache Mehrausgaben veranlasst. Im Probirfach geübte, mit dem Münzgewesen vertraute Techniker lassen sich auf dem freien Arbeitsmarkt schwer finden, die Verwaltung, an die große Ansprüche gestellt werden, muß sie sich selbst heranziehen, um einen Ersatz für alte und nicht mehr im Besitz der vollen Arbeitskraft befindliche Münzbeamte zu schaffen.

Nachdem bis jetzt auf sämtlichen deutschen Münzstätten ungefähr eine Milliarde Mark in 20- und 10-Markstücken ausgeprägt ist, wird angenommen, daß auf den preussischen Münzstätten im Jahre 1874 nur noch 100 Millionen Mark in Gold, darunter 1/2 in Zehnmarkstücken, zur Ausmünzung kommen werden, ein Beweis dafür, daß der schwerste Theil dieser Arbeit glücklich vollendet ist und daß der Geldmarkt nicht zu befürchten braucht, durch die Goldentwürfe des Reichsfiskus in empfindlicher Weise beansprucht zu werden. Ferner sollen auf den preussischen Münzstätten im nächsten Jahre 29,000,000 Gm.-Markstücke, 5,700,000 Zwanzigpfennigstücke in Silber, 3,300,000 Mark Zehnmarkstücke in Nickel, 480,000 Mark Zwanzigpfennig- und 220,000 Mark Fünfmarkstücke in Kupfer ausgeprägt werden. Der Fünfmarkstück in Gold oder Silber, so wie der Zweimarkstück in Silber geschieht in dem Prägungsprogramm des nächsten Jahres noch keiner Erwähnung, offenbar in der Absicht, zunächst das dringende Bedürfnis zu befriedigen und den kleinen Verkehr im Gebiete des Guldenfußes mit der neuen Scheidemünze zu versehen. Da die dazu erforderlichen Metalle den preussischen wie allen übrigen deutschen Münzstätten von der Reichsverwaltung überwiesen werden, so ist der hauptsächlich zum Ankauf der Münzmetalle bestimmter gewesener Betriebsfonds der preussischen Münzanstalten entbehrlich geworden und konnten 1,185,993 Thlr. 11 Sgr. — diese Höhe hatte der Fonds am Schlusse des Jahres 1872 erreicht — an den damaligen Staatskassas abgeführt werden.

Auf diese Operation der Metallbeschaffung durch das Reichskanzleramt, soweit sie in das Jahr 1872 fällt, wirt der Verwaltungsbericht der Seehandlung für dasselbe Jahr, der dem Etat derselben für 1874 beigegeben ist, einiges Licht. In Contributionswechseln wurden der Seehandlung im Jahre 1872 überwiesen: auf Berlin 15,861,095 Thlr., auf London 6,750,000 Livres, auf Amsterdam 60,928,375 Holl. Fl., auf Brüssel 61,602,559 Fres., auf Hamburg 113,154,320 Mark-Vanco, auf Mainz 2,280 Fl., für welche sich abzüglich des Ultimo 1872 in Hamburg verbliebenen und erst in folgendem Jahre erhebenen Guthabens im Betrage von 11,148,456 Mark-Vanco ein Erlös von 165,721,587 Thlr. ergeben hat. Ferner veräußerte die Seehandlung für Rechnung des Reichskanzleramtes 21,249,950 Fres. in silbernen Fünfmarkstücken, 207,580 Fres. Zwanzigpfennigstücke, 4,996,000 Fres. französische Banknoten und kleinere Posten belgischer und holländischer Banknoten mit einem Erlös von zusammen 16,081,780 Thlr. Dagegen kaufte sie 35,582 Stück Goldkronen, 47,670 Banco-Fund Goldbarren, 144 Banco-Fund amerikanisches Gold, 3618 Banco-Fund Imperiale, 5842 Banco-Fund, 8,097,212 Stück 20-Franc-Stücke, 8,158,488 Livres Goldbarren in London und 7,742,309 Livres Wechsel auf London, das heißt ebenfalls Gold. Das Jahr 1873 hat für diese Operationen wiederum ein sehr weites Feld geboten.

Wir fügen an dieser Stelle gleich hinzu, daß die Seehandlung, nachdem sie ihre Crommendorfer Spinnerei am 1. October 1872 an Robert Thode in Berlin für 950,000 Thlr. und die Eisendorfer Spinnerei und Weberei an die Firma Schmeier in Breslau für 105,000 Thlr. verkauft hat, jetzt außer ihrem Dienstgebäude und den drei Leihanlagen in Berlin, nur noch die Spinnerei in Landeshut und die Bromberger Mühlen besitzt. Für den Staatshaushalt des nächsten Jahres soll die Seehandlung außer dem angeschlagsmäßigen Gewinn von 750,000 Thlr. noch ihren im Jahre 1872 erzielteten Mehrgewinn von ungefähr 1,200,000 Thalern beitragen, in Summa 1,950,000 Thaler, um 550,000 Thaler weniger als im laufenden Jahre. Jenen Mehrgewinn ihrem Capitalcontingent zuwenden zu lassen, lag um so weniger ein Bedürfnis vor, als nach dem Verkauf der beiden Spinnereien das darin festgelegte Capital, wieder für die eigentlichen Zwecke der Seehandlung als eines Geld-Instituts des Staates verfügbar wird.

Das Beamtenpersonal der Seehandlung besteht aus dem Präsidenten und 2 Directions-Mitgliedern, wozu noch 1 Rentier, 7 Buchhalter, 4 Secretäre und einige untergeordnete Beamte treten. Erwägt man, daß der Umfang der allein für das Reichskanzleramt im Jahre 1872 bewirkten Geschäfte die Höhe von 459 Millionen Thaler erreichte, daß sie zwei große industrielle Etablissements und das fgl. Leihamt verwalten, daß sie bei großen Confectionsgeschäften theilhaftig ist, Aufträge von Behörden und Privaten gegen Provision ausführt, einen Depositen-Verkehr von mehr als 400 Millionen Thlr. im Jahre hat und einen Jahresumschlag macht, der sich zwischen 1 bis 2 Milliarden Thaler bewegt, dann wird man einigermassen zweifelhaft, ob und wie so sparsam bemessene Arbeitskräfte den Ansprüchen genügen sollen, welche die lombardbedürftige Geschäftswelt in Zeiten der Geldknappheit oder schwerer Verfallbarkeit an sich zieht Effecten an das Institut macht.

Die preussische Bank wird für 1874 eine Einnahme von 2,281,000 Thaler haben, um 279,000 Thaler mehr als in diesem Jahre, die Einnahme setzt sich zusammen aus dem nach dem Durchschnitt der drei Jahre 1870—72 berechneten Gewinnanteil von 1,582,352 Thaler, aus den 3 procentigen Zinsen von dem Einrückungskapital des Staates (dasselbe beträgt 1,906,800 Thaler) mit 66,738 Thaler und dem Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung der Staatsanleihe vom Jahre 1856.

[Ueber das Befinden des Kaisers] schreibt die „Provinz-Corresp.“: Unser Kaiser ist jetzt auf dem Wege vollständiger Genesung von der schweren Erkrankung, welche er sich vor drei Wochen zugezogen hatte. Nachdem die rheumatischen Leiden gewichen waren, hat sich das Gesamtbefinden allmählig wieder gehoben und gestärkt und Se. Majestät konnte im Laufe der letzten Woche sowohl den Besuch fürstlicher Verwandten, der Großherzogin-Witwe von Mecklenburg-Schwerin, des Großherzogs von Weimar, des Prinzen Friedrich der Niederlande, des Fürsten und der Fürstin von Wied u. A. empfangen, wie auch sich von Neuem den Regierungsgeschäften widmen und in den letzten Tagen auch wieder einige Vorträge entgegennehmen.

D. R. C. [Die Fraction der Nationalliberalen] wird sich heute Abend, diejenige der Fortschrittspartei morgen Abend constituieren. Die Stärke der Parteien hat sich bis jetzt folgendermaßen festgestellt: Der Fortschrittspartei haben sich bis jetzt 66 Mitglieder angeschlossen;

der nationalliberalen 163; der freiconservativen 34; der neuconservativen 25 Abgeordnete. Dem Centrum haben sich 82 Abgeordnete angeschlossen; außerdem hospitieren bei den Fraktionsversammlungen dieser Partei die Abgg. Dr. v. Gerlach und Dr. Brüel.

D. R. C. [In Betreff der Hierherkunft des Fürsten Bismarck] erfahren wir, daß dieselbe voraussichtlich erst in den ersten Tagen des nächsten Monats erfolgen wird. Der Fürst wird dann seinen bleibenden Aufenthalt hier nehmen.

[S. M. Kanonenboot „Delphin“] ist vorgestern von Lowestoft in See gegangen.

Meldorf, 15. November. [Klage gegen die dänische Regierung.] Von unserem Kreise hatten die im Jahre 1863 vor den deutschen Exerzitionstruppen zurückweichenden Dänen 112 Trainpferde im Werthe von 18,664 Thlr. requirirt, wofür bis dato keine Vergütung hat erlangt werden können. Die Kreisvertretung hat nun beschloffen, in Kopenhagen gegen die dänische Regierung klagar zu werden. Falls sie dort mit ihrer Klage, wie kaum anders zu erwarten steht, abgewiesen werden, soll gegen den preussischen Fiskus der Rechtsweg betreten und, wenn auch hier ohne Erfolg, die Sache vor das Abgeordnetenhaus gebracht werden.

Hensburg, 17. Nov. [Interpellation.] Bei der dänischen Folkethingsswahl im ersten Kreise des Amtes Kopenhagen wurde der Cultusminister Hall in Betreff Nordschleswigs interpellirt. Herr Hall gab die positive Erklärung ab, daß die Abmachung nicht näher gerückt sei, was man freilich schon so ziemlich gewußt hat. Daneben fand der Minister es denn auch für gut, als seine „Meinung“ auszusprechen, daß die Hoffnung auf eine glückliche Abmachung näher sei als früher. Die dänischen Zeitungen bringen diesen Passus mit gesperrter Schrift und die nordschleswigschen Parteiblätter folgen natürlich ihrem Beispiel. Worauf seine Meinung und Hoffnung sich gründe, hat Herr Hall nicht angegeben, vermuthlich, weil nicht viel darüber anzugeben war. Wenn übrigens der Minister bemerkte, daß die schleswigsche Sache am 14. November bei jedem Wahlact in Dänemark den Wählern gegenwärtig sein würde, so darf das mit allem Grund bezeugt werden; der Mehrzahl der Wähler hat nach Lage der Dinge diese Frage sicher weit aus dem Gesichte gelegen. Im Wahlkreise des dänischen Cultusministers ist es aber gewissermaßen herkömmlich geworden, ihn über Nordschleswig zu interpellieren, obwohl man, wie der Minister andererseits richtig bemerkte, dabei noch nie über die Hoffnung auf eine Lösung herausgekommen ist. (Z. N. 3.)

Bremen, 16. November. [Die Staatschuld.] Der hiesigen Bürgerschaft ist gestern der Budgetentwurf für das nächste Jahr zugegangen, welcher die Einnahmen des bremischen Staates auf circa 11 1/2 Mill. Mark, die Ausgaben dagegen nach den von den verschiedenen Verwaltungen angegebenen Bedürfnissen auf mehr als 13 1/4 Millionen Mark berechnet und daher mit einem Deficit von fast 2 Millionen Mark schließt. Beinahe ein Drittel der Ausgaben wird für die Verzinsung der Staatschuld erfordert, die etwa 75 Millionen Mark oder reichlich 600 Mark auf den Kopf der Bevölkerung beträgt. Freilich ist ein beträchtlicher Theil der Schuld auf Eisenbahnanlagen verwandt, deren Erträge nahezu zwei Drittel der gesamten Zinsenlast zur Zeit decken. Immerhin bleibt die Bevölkerung Bremens stark belastet und der Zustand ein solcher, welcher eine sehr vorsichtige Finanzverwaltung erfordert, und auf eine gedeihliche und friedliche Entwicklung der Verkehrsverhältnisse das größte Gewicht legen läßt.

Bonn, 12. Novbr. [Factor Sieger.] Die Entlassung des Factors der „Deutschen Reichszeitung“, Sieger, welcher wegen Verweigerung eines Zeugnisses inhaftirt war, ist nicht, wie vor einiger Zeit mitgetheilt wurde, durch Zurückziehung der Klage seitens des Bischofs Reinkens veranlaßt worden; sie erfolgte vielmehr, nach dem „Frankf. Journ.“, auf Befehl des Untersuchungsrichters. Redacteur und Herausgeber der „Deutschen Reichszeitung“ sind in der betreffenden Prozeßsache auf den 5. n. Mts. vor das Justizpolizeigericht geladen und werden vermuthlich wegen des verleumderischen Artikels gegen den altkatholischen Bischof ihre Strafe erhalten. Der Verleumder selbst wird freilich leer ausgehen.

Aus Kurbessen, 16. Novbr. [Graf Chambord und die heffischen Pastoren.] So wenig es überraschen kann, so bemerkenswerth ist es doch, daß der neuliche Brief des Grafen Chambord bei unseren heffischen Particularisten hohen Beifall geerntet. Ihr Organ, die „Heffischen Blätter“, schreibt über denselben: „Der Brief Heinrich des Fünften vom 27. v. M. führt eine wahrhaft königliche Sprache, wie sie in dieser Zeit nur noch von unseren deutschen besessenen Fürsten laut geworden ist. Diese Worte demüthiger Ergebenheit und christlicher Majestät sind Klänge aus einer höheren Welt, wie sie unsere in dem blutigen Rothe des Mammons und der Großmachtpolitik verkommene Welt nicht zu fassen vermag, nach deren Inhalt sie sich auch erst dann sehnen wird, wenn schwere Völkergeschichte ihre Götzen zertrümmert und sie selbst arm und hülfbedürftig gemacht haben werden.“

Koburg, 17. November. [Dementi.] Die hiesige amtliche Zeitung enthält an der Spitze folgendes sehr bemerkenswerthe Dementi: „Wie früher häufig der Prinz von Wales (Herzog zu Sachsen) die Zielscheibe heftiger Erfindungen in deutschen Blättern war, so jetzt Se. königl. Hohheit Prinz Alfred, Herzog von Edinburgh. Eine Berliner Correspondenz der „Meiser-Ztg.“ hat sich in dieser Beziehung zum Echo angeblicher Koburger Nachrichten gemacht, und andere Blätter zögern nicht, der darin enthaltenen Verächtlichkeit durch Abdruck weitere Verbreitung zu geben. Es ist dies um so bedauerlicher, als, wie wir mit voller Bestimmtheit versichern können, alles in jener Correspondenz Gesagte, sowohl das „absichtliche Fernbleiben“ des Prinzen von Berlin wie auch die „bekanntlich“ particularistische Gesinnung desselben, in keiner Weise der Wahrheit entspricht.“

+ Dresden, 18. Novbr. [Vom Landtage. — Mommen.] Die heutige Sitzung der zweiten Kammer war, wie schon in der gestrigen Correspondenz erwähnt, der Frage der Beseitigung des § 92 der Landesverfassung gewidmet, vermöge welchem bisher die Regierung jeden von ihr eingebrachten Gesetzesvorschlag dann für angenommen erachten konnte, wenn nicht zwei Dritttheile einer Kammer dagegen stimmten. Nach einem Antrag des Abgeordneten Minkwitz sollte derselbe nur in Bezug auf das ablehnende Verhalten der ersten Kammer Gültigkeit behalten, nach dem des Abgeordneten Mannsfeld, einfach aufgehoben werden. Für die Beibehaltung stimmten von der Kammer-Deputation nur die beiden Abgeordneten Amtshauptmann v. Pausen

und Geheimrath Geber. Im Verlauf der Verhandlungen nahm der Präsident der Kammer, Advokat Dr. Schaffrath, für den Minkwitz'schen Antrag das Wort, welchen man als eine Ungleichheit zwischen beiden Kammern begründend, ebenso als ein Unicum im deutschen Verfassungsleben bezeichnet habe, wie den Paragraphen selbst, das sei aber nicht der Fall, denn die Zusammenfassung der ersten Kammer begründet ebenfalls eine Ungleichheit, die erst durch die angefochtene in ihrer Wirkung aufgehoben werden könne. Dr. Schaffrath hob gegen den Abgeordneten Gantner hervor, daß man sich einen Pairschub wie in Preußen immerhin gefallen lassen könne und daß daher die Meinung, Preußen hätte sich zu dem Besz des § 92 in seiner Verfassung beglückwünschen können, mit nichten zutrefte. Er selbsttheils, fuhr der Redner fort, fürchte sich, daß es in Deutschland rufbar werde, daß wir mit dem § 92 eher absolutistisch als constitutionell regiert daständen, da ja dessen Anwendung sogar das Steuerbewilligungsrecht illusorisch mache. Es sei Thatsache, daß nur der zweiten Kammer eine moralische Kraft und ein moralisches Ansehen beim Volke innewohne. Dr. Minkwitz, der Antragsteller, hob hervor, daß kein Staat die Zusammenfassung der ersten Kammer so unabhängig festgelegt habe in Sachsen. Von conservativer Seite wurde gegen die vorgenommenen und andere Redner, Berichterstatter Dr. Biedermann, Advokat Krause u. c. geltend gemacht, daß die Regierung sich nur vorsichtig des § 92 zur Durchführung ihrer Ansichten bediene, ja der Amtshauptmann von Einsiedel nannte den Paragraphen sogar fortwährend, weil ihn die Regierung zumeist gegen die erste Kammer in Anwendung gebracht, mit Ausnahme in der Frage des Schulgesetzes. Inmitten der heftigsten Verhandlungen stellte der frühere Präsident der zweiten Kammer, Bürgermeister Haberkorn von Zittau, plötzlich zum großen Befremden der auf der Tribüne befindlichen Mitglieder der ersten Kammer, Präsident von Zehmen, Graf Hohenthal u. c. den Antrag, mit dem Mannsfeld'schen Antrag auf Wegfall des Paragraphen, die Verfassungsänderung zu verbinden, daß fortan der König nicht mehr eine beschränkte Zahl von 15, sondern eine unbeschränkte Zahl von Mitgliedern zur ersten Kammer ernennen könne. Die Regierung, welche durch den Staatsminister, Freiherrn von Friesen, gegen den Abgeordneten Ludwig erklärt hatte, daß sie fest auf dem Boden der Verfassung stehe, die sie beschworen, und erst noch der Anträge der Kammer in Bezug auf den § 92 harre, wenn sie auch von vornherein die Unmöglichkeit der Annahme des Minkwitz'schen Antrages betone, verhielt sich dem Haberkorn'schen Antrage gegenüber schweigend und so geschah denn das Unerwartete, daß, nachdem der Minkwitz'sche Antrag nicht die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit erhalten, der Mannsfeld-Haberkorn'sche mit dieser zur Annahme gelangte. Die große Aufregung, welche diese jetzt erst unsere ständische, in eine wirklich zeitgemäß constitutionelle Verfassung umgestaltende Abstimmung hervorrief, war außerordentlich. Die oben genannten Mitglieder der ersten Kammer entfernten sich unter den Anzeichen großer Bestürzung über den nach ihrer Meinung improvisirten Haberkorn'schen Zusatz und es wird demnächst abzuwarten sein, welche Stellung sie und die Regierung der zweiten Kammer gegenüber, deren Abstimmung sich in den Zahlen 68 gegen 7 kennzeichnet, einnehmen werden. — Wie die hiesige „Constitutionelle Zeitung“ wissen will, hat Professor Mommsen eine Geschichtspröfessur an unserer Landesuniversität Leipzig wieder angenommen, die er einst auf Antrieb des Herrn von Beust verlassen hatte.

Aus dem Wahlkreise Mainz, 16. Novbr. [Zur Wahl Jacobys.] Es verlautet, daß es zwischen der reinen Demokratie (Volkspartei) und der Social-Demokratie wegen der Candidatur Johann Jacobys für den Reichstag zu einem Compromiß kommen werde. Die Führer der Volkspartei hätten bereits am 13. in Mainz eine Wahlbesprechung gehabt, bei der auch Frankfurt vertreten gewesen. (Fr. Z.)

*** München, 17. November. [Ueber das Fest im Algaü]** bringen die „M. N.“ folgenden authentischen Bericht: Am Sonnabend den 15. d. M. feierte das Algaü in der Eröffnung der Vizinalbahn Zinnenstadt Sonthofen ein Freudenfest, zu welchem auch auswärtige Gäste und namentlich die Mitglieder der Generaldirection der Verkehrsanstalten, des Landraths von Schwaben, sowie die Abg. Regierungspräsident v. Hörmann, Frhr. v. Stauffenberg, Präsident der Abg.-Kammer, Dr. Bölk und Dr. Marquardsen geladen waren. Leider konnten die H. v. Stauffenberg und Bölk durch dringende Berufsgeschäfte verhindert, der Einladung nicht folgen. Die Bahnhöfe waren festlich geschmückt mit deutschen und bayerischen Fahnen, Laubgewinden und Kränzen, und denselben Schmuck trugen die Häuser. Ein Festmahl im Gasthose „zum Engel“ in Sonthofen vereinigte gegen hundert der angesehensten Männer des Algaüs. Jubelnd wurde der erste Toast auf seine Maj. den König dargebracht und demselben telegraphisch nach Hohenschwangau gemeldet. Nachdem namentlich dem General-director Hrn. Hocheder, der sich um das Zustandekommen der Bahn große Verdienste erworben und von seinem früheren Aufenthalte in Sonthofen in bestem Andenken steht, der Dank ausgesprochen, das nachbarfreundliche von so schwerem Unglücke heimgesuchte Zinnenstadt gefeiert worden, brachte der Regierungspräsident Hr. v. Hörmann auf das deutsche Reich den nachfolgenden Trinkspruch aus, der stürmische Begeisterung erweckte:

„Meine hochgeehrten Herren! Gestatten Sie mir, daß auch ich einige Worte spreche, um zunächst dem verehrlichen Eisenbahncomité meinen herzlichsten und besten Dank für die freundliche Einladung zur heutigen Feier auszusprechen, sowie der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es mir vergönnt war, dieser Einladung Folge zu leisten. Ein schönes und gelungenes Werk hat sich vollendet, das für die hiesige Gegend von größter Bedeutung und von entschiedenem Nutzen ist und Recht haben Sie, wenn Sie die Bahnhöfe und die Orte, welche wir durchfahren, mit Triumphbögen und Fahnen geschmückt haben. In diesen Fahnen aber finde ich zugleich den Ausgangspunkt für den Toast, welchen ich Ihnen vorschlagen möchte, und ich bebaure nur, daß ich nicht den bereiten Mund Ihres Vertreters für den Reichstag des zu Ihrem wie zu meinem innigsten Leidwesen durch unabwendbare Geschäfte heute von hier ferngehabten Hrn. Dr. Bölk beäße, um das, was ich sagen möchte, dem entsprechend begründen zu können. Ich muß Sie bitten, sich mit den wenig bereiten, schlichten Worte zu begnügen, welche ich Ihnen zu bieten im Stande bin. Friedlich und einträchtig habe ich in Ihren Decorationen die bayerischen und die deutschen Fahnen neben einander wehen sehen und so darf und soll es sein. Gut bairisch und gut deutsch sein verträglich nicht bloß wohl zusammen, sondern ergänzt sich wechselseitig. Wir können und wollen mit der Anhänglichkeit an unser großes deutsches Vaterland, mit der Sorge für dessen Erhaltung und bessere Begründung jederzeit in uns vereinen die festeste Treue gegen unseren allergnädigsten König, die Liebe und Anhänglichkeit für unser engeres Vaterland Baiern, welches ein nothwendig und einer der kostbarsten Bestandtheile des deutschen Reiches ist. Ich glaube bestimmt, daß Sie alle von dieser Gesinnung erfüllt sind und wie

wir vorhin mit Begeisterung in den auf S. M. den König ausgebrachten dreimaligen Hochruf eingestimmt haben, so werden Sie auch jetzt mit Begeisterung einstimmen, wenn ich Sie einlade, Ihr Glas zu leeren auf das Gedeihen unseres großen, durch Blut und geistiges Mingen erkämpften deutschen Reiches. Das deutsche Reich gedeihe und blühe, es lebe hoch!"

München, 17. Nov. [Interpellation.] In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung brachte der Abgeordnete Lerzer seine Interpellation, die Behandlung des im Sommer 1. J. zu Neumarkt verstorbenen Soldaten Plattner durch die ihm vorgesetzte Militärbehörde betr., zum Vortrag. Der Kriegsminister erwiderte darauf im Wesentlichen was folgt:

Der am 22. August in Neumarkt gestorbene Soldat Plattner sei an einer Gehirnkrankheit verschieden, welche durch ein schwammartiges Gebilde im Gehirn hervorgerufen worden sei. Das Leiden sei durch den betr. Militärarzt nicht erkannt, Plattner deshalb als Simulant erachtet und zum Dienste commandirt worden. Da seine Krankheitsanfänge als Verstellung angesehen worden, sei er mit den gewöhnlichen Strafen belegt worden und habe er und andere auch Dunkelarrest zu erdulden gehabt. Es sei nicht erwiesen, daß Plattner mißhandelt, geschweige denn daß der Befehl dazu ertheilt worden sei. Es sei constatirt, daß Plattner bei seinem letzten Krankheitsanfall keine Mißhandlung erlitten habe; er sei vielmehr von Unteroffizieren hilfsreich unterstützt und da der Militärarzt abwesend war, der Bezirksarzt herbeigerufen worden. Anhaltspunkte zu einem strafrechtlichen Einschreiten seien nicht gegeben. Die ganze Anschuldigung sei eine tendenziöse gehässige Entstellung der Thatfachen.

Karlsruhe, 19. November. [Bischof Dr. Reinkens] wird am 22. November zur Leistung des Bischofsweides hier eintreffen.

Italien.

* **Rom, 15. November.** [Die Thronrede], von der wir einen telegraphischen Auszug schon mitgetheilt haben, lautet vollständig, wie folgt:

Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten! Als ich zu Rom die letzte Session des Parlaments eröffnete, forderte ich Sie auf alle Ihre Gedanken auf die innere Ordnung des Staates zu richten. Die Aufgabe, zu welcher ich Sie ermahnte, war eine lange, schwierige und ernste; aber Ihr Patriotismus und die schon gemachten Fortschritte sind mir heute ein sicheres Pfand Ihrer Beharrlichkeit; sie allein kann uns das Ziel erreichen lassen, nach welchem die heißesten Wünsche des Volkes sich sehnen. Die Thätigkeit, welche sich in allen Theilen des Königreichs entfaltet, zeigt uns, daß Italien nur die Einheit und die Freiheit fehle, um die Kräfte zu entwickeln, mit denen es so reich ausgestattet ist. Ich vertraue auf diese wachsende Thätigkeit und es wird die Sorge meiner Regierung sein, dieselbe durch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der Ordnung, diese für die Arbeit und den Fortschritt unentbehrlichen Elemente, zu unterstützen.

Italien hat gezeigt, daß Rom die Hauptstadt Italiens werden konnte, ohne daß die Unabhängigkeit des Papstes in der Ausübung seines geistlichen Amtes und in seinen Beziehungen zur katholischen Welt geschmälert wurde. Entschlossen, das religiöse Gefühl und die religiöse Freiheit zu achten, werden wir jedoch nicht gestatten, daß unter dem Mantel dieser heiligen Rechte man sich gegen die Gesehe und nationalen Institutionen vergeht.

Ich bin erfreut, Sie versichern zu können, daß unsere Beziehungen zu allen Mächten freundschaftliche sind. Diese guten Beziehungen haben eine feierliche Sanction in dem Besuche empfangen, welchen ich dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und dem deutschen Kaiser abgestattet habe. Die Rundgebungen herzlicher Sympathie, die ich von den beiden Herrschern und ihren Völkern empfangen, galten dem wiedererstandenen Italien, welches den unter den civilisirten Nationen ihm gebührenden Platz zu erobern wußte. Oesterreich und Italien waren früher Gegner auf dem Schlachtfelde. Nachdem der Grund zu der langen Feindschaft verschwunden, bleibt von nun an nur nur das Vertrauen auf die gemeinsamen Interessen und auf die Vortheile einer sicheren Freundschaft. Diese Freundschaft ist mir um so angenehmer, weil sie sich mit jenen Familiengefühlen verbindet, welche eine höhere und gebietende Pflicht zwar beherrschen, aber in meinem Herzen nicht auflösen konnte.

Italien und Deutschland haben sich beide im Namen der nationalen Idee constituirt, beide haben es erreicht liberale Verfassungen auf Grundlage einer Monarchie zu gründen, welche lange Jahrhunderte hindurch ebenso mit den Unglücksfällen der Nation wie mit ihren Ruhmesepochen verknüpft ist. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Regierungen, welche den zwischen beiden Völkern bestehenden Sympathien entsprechen, sind eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens.

Wir wünschen mit allen Nationen in Eintracht zu leben. Nichtsdestoweniger werde ich ein treuer Hüter des nationalen Rechtes und der nationalen Würde sein. Die Nation muß vor Allem in ihre eigene Kraft Vertrauen haben. Ich empfehle Ihnen daher die Gesehe, welche die Organisation des Heeres und die Landesverteidigung zum Gegenstande haben. Sie können mir nichts Angenehmeres erweisen, als wenn Sie sich mit dem Wohl und der Stärke jenes Heeres beschäftigen, welches ich kenne, welches mich kennt, welches stets das erste Beispiel der Selbsterleugnung und Ehre gegeben hat und geben wird. Mit gleicher Sorge empfehle ich Ihnen unsere Kriegsmarine; sie ist würdig der Zukunft, zu welcher sie ihre alten Ruhmes-Erinnerungen berufen.

Sie werden sich ferner mit den Mitteln und Wegen beschäftigen, um jene großen Arbeiten zum Ziele führen zu können, welche der Staat unternehmen hat, um allen seinen Provinzen Leben und Gedeihen zu verschaffen.

Aber für die Vorkehrungen zum Kriege wie für die fruchtbringenden Arbeiten des Friedens, für den Wohlstand und den Credit, wie für die Würde und Kraft des Staates bilden die unerlässliche Grundlage gute Finanzen. Das italienische Volk hat sich niemals den Opfern widerlegt, welche von ihm zu diesem Zwecke gefordert wurden; an Ihnen ist es, jene Maßregeln zu beschließen, welche daraus den vollen Vortheil zu ziehen gestatten und dem Lande jene volle Sicherheit für die Zukunft geben, nach der es sich sehnt und die es zu erreichen verdient hat.

Die Wiederherstellung der Finanzen wird allein das Uebel des Zwangs-courtes aufheben können, welches wir Alle beklagen. Inzwischen ist es unsere Pflicht, danach zu trachten, daß wir seine Wirkungen einengen, indem wir es mit strenger Zucht regeln. Zu diesem Zwecke wird Ihnen ein besonderes Gesetz vorgelegt werden.

Während der Session wird meine Regierung Ihnen andere wichtige Gesehe über Rechtswesen, öffentlichen Unterricht und Civilverwaltung vorlegen.

Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten! In dem Frieden, auf dessen Dauer ich vertraue, in der inneren Ordnung, in der Eintracht zwischen den Staatsgewalten werden sich die freiherrlichen Institutionen zugleich mit den Fortschritten der bürgerlichen Gesellschaft und dem Wohlstand der Bevölkerung entwickeln. So allein werden wir von uns sagen können, daß wir unser Werk erfüllt und mit Gottes Hilfe unsern Kindern jenes Vaterlande gesichert haben, welches einst an der Spitze unserer Gedanken stand und dem wir in den Prüfungen der Vergangenheit einen unerschütterlichen Glauben bewahrt.

Heute wie immer vertraue ich auf die Nation; heute wie immer fühle ich, daß die Nation ihrem Könige vertraut.

Frankreich.

□ Proceß Bazaine.

(Fortsetzung der Sitzung vom 17. November.) Zeuge Lejondre, Infanterie-Lieutenant, tritt an die Barre. Er erklärt zuvörderst derjenige gewesen zu sein, welcher die Namensliste der Mitglieder der September-Regierung enthaltende Nummer des „J. des Debats“ nach Metz brachte. Er erinnerte sich noch daran, daß die Bezeichnung Keratrus als Polizei-Präsident dem Angeklagten ein Lächeln entlockt. Er erhielt Befehl Niemanden von dem Ereignissen, die er wußte, in Kenntniß zu setzen.

Neau, Director des „Courrier de Meurthe et Moselle“ in Nancy: Einer meiner Freunde, Capitän der Rheinarmee, meldete mir eines Tages, daß Straßburg gefallen sei. Ich wollte es ihm nicht glauben. Da brachte er mich mit seinem Bataillons-Chef in Verbindung, welcher Tags vorher bei den Vorposten die Nachricht von der Capitulation dieses Platzes aus dem Munde Bazaine's selbst erfahren hatte.

Einige Tage darauf wurde ich zu mehreren Privat-Versammlungen geladen. In einer derselben bestreite ich mit dem Orden der Ehrenlegion decorirter junger Mann energisch darzutun, daß das Stadthaus gestürmt werden müsse. Ich bekämpfte diese Idee und schlug dagegen vor, einen Schritt bei dem Platzcommandanten zu thun. General Coffinières empfing uns sehr freundlich und gab uns Aufklärungen über die politische Lage, welche in Metz dem größten Unglauben begegneten.

Der Maire der Moseleffung, Alla, begab sich mit uns zu General Changanier, um ihn zu bitten, daß er das Commando der Nationalgarde

übernehmen möge. Changanier empfing uns ziemlich unfreundlich und erklärte uns, daß ihm unser Schritt bei General Coffinières durchaus nicht gefiele. Er fügte hinzu, daß wenn er das betreffende Commando übernehme, er ein Bataillon derselben nach Ladonschamp beordern würde, wo die Linie viele Leute verlöre.

Wir erwiederten ihm, daß dazu ein Bataillon nicht hinreichte und daß alle Welt diesen Punkt würde bezeugen wollen.

Mehrere Artikel meines Blattes wurden von der Censur unterdrückt. In einem dieser Artikel hatte ich gegen die Beschuldigung protestirt, deren Gegenstand Rouen und Lille war, von welchen beiden Städten es hieß, daß sie deutsche Besatzungen verlangt hätten. Ich hatte endlich den Entschluß gefaßt, nichts anderes als die mir vom Generalstaatsbureau zukommenden Mittheilungen zu veröffentlichen. André, der Maire von Ars, sandte mir häufig deutsche und französische Blätter zu. Damit schließt der wackere Journalist seine gar nicht unbedeutende Deposition.

Oberst Robert befehligte die Artillerie im Fort St. Quentin. Die Preußen versuchten zu verschiedenen Malen Batterien aufzustellen um Breche in das Fort zu schießen, aber das Feuer der französischen Geschütze brachte sie stets zum Stillstehen.

Zeuge hat von der durch den Feind an Marschall Bazaine gerichteten Klage des Inhalts, daß seine Ambulanzen in Ars beschossen wurden, Kenntniß erhalten. Er ließ die Schutzlinie modificiren, ohne aber auch nur einen Augenblick an die Begründetheit der deutschen Reclamationen zu glauben. (Schluß folgt.)

Spanien.

Madrid. [Ueber die Kämpfe bei Estella] schreibt man der „A. Z.“: Nachdem nun auch die republikanischen Berichte über die Kämpfe vom 7. November und den folgenden Tagen vollständig zum Vergleich mit den carlistischen Siegesnachrichten vorliegen, läßt sich das Ergebnis dahin feststellen, daß die Reihe der unentschiedenen und ganz ausgleichenden Gefechte um eines vermehrt worden ist. Von einem Siege kann auf keiner Seite die Rede sein. Die Sache ist kurz die, daß Moriones am Morgen des 7. d. mit 22 Bataillonen, 22 Kanonen und 1000 Pferden von los Arcos in der Richtung nach Estella vorrückte. Die Carlisten, angeblich 16,000 Mann stark, traf er im Besitz der Dörfer Villamayor, Urbola, Luquin und Barbarin an dem unteren Abhange des Monte Jurra. In 1000 Meter Entfernung wurde das Geschützfeuer eröffnet, und die Carlisten sahen sich bald gezwungen, die Ortschaften zu räumen und sich auf die verschanzten Höhen hinter dieselben zurückzuziehen, wurden aber auch aus dieser Stellung von nachrückender Infanterie zurückgedrängt. Den heißesten Kampf kostete die Einnahme des sehr festen Barbarin, wo Primo de Rivera die Carlisten unter Radica zu delogiren hatte. Die republikanischen Truppen übernachteten in den gewonnenen Ortschaften und verblieben dort auch den folgenden Tag, an welchem es zu keinem Gefechte von irgend welcher Bedeutung kam. Am Morgen des 9. zogen sie sich jedoch aus diesen Stellungen zurück, „wegen des Mangels an allem Nothwendigen in jenen ausgelegenen Dörfern und weil der ins Auge gefaßte Zweck erreicht und nichts mehr da zu machen war.“ Auf dem Marsche suchten die Carlisten sie zu beunruhigen, wagten sich jedoch nicht in eine bedrohliche Nähe. Die Regierungstruppen sind also wieder in ihre alte Position bei los Arcos zurückgekehrt. Die Carlisten können wieder über Urbola und die übrigen Dörfer verfügen; kurz, die Dinge stehen gerade so wie sie am Morgen des 7. standen. Die Republikaner haben zeitweise einen Vortheil errungen, den zu behaupten sie nicht im Stande waren. Auf diese nocte Thatsache reducirt sich das ganze Siegesgeheiß, welches nach alter Gewohnheit von beiden Seiten angestimmt wird. Die Carlisten sind hierbei in so weit günstiger gestellt, als die von ihnen ausgehenden Nachrichten wegen der Nähe der Grenze zuerst ins Ausland gelangen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 17. Nov. [Von der Goldküste] hat die „Daily News“ folgende Telegramme erhalten: Cape Coast Castle, 17. October. Fünf Dörfer, welche Ashanti's beherbergten, sind zerstört worden. Unser Verlust besteht aus 2 Töten und 24 Verwundeten. Unter letzteren befindet sich der Oberst Mac Neil und die Capitän Freemanle und Forbes.

October 27. Ein Angriff auf das feindliche Lager ist im Gange. Der Rückzug der Ashanti's ist abgeschnitten.

Eine Depesche vom 20. October fügt zur Ergänzung obiger Nachrichten hinzu: „Unsere Truppen haben nach 13tägigem erfolgreichem Nuchstampe vier Dörfer zerstört. Die Operationen wurden mit Verdringewegheit geleitet, in Folge dessen eine wirksame Ueberrumpelung bewirkt wurde. Oberst Mac Neil und zwei Gemeine sind schwer verwundet. Die Capitän Freemanle und Forbes, ein Seemann und 20 Neger wurden leicht verwundet und zwei Neger getödtet. Die Ashanti's versuchen, mit Gefangenen und Beute über den Brach zu entkommen.“

[Rom Hofe.] Auf Balmoral wird im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich am Donnerstags, unter dem Vorh. der Königin ein geheimes Conseil abgehalten werden und Tags darauf wird der Hof nach Windsor zurückkehren.

Rußland.

— **St. Petersburg, 15. Novbr.** [Immobilien-Tractat mit der Türkei. — Rußland und die amerikanische Baumwolle. — Opferpenden für Samara.] Der neue kürzlich veröffentlichte Tractat zwischen Rußland und der Türkei, welcher von dem Viskogher General-Adjutanten Ignatjew und Sapet Pascha, dem türkischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, am 6. (18.) März 1873 unterzeichnet ward, betrifft die Rechte derjenigen russischen Staatsangehörigen, welche in der Türkei ein Immobilien besitzen. Die türkische Regierung hat den Erwerb von Immobilien für Ausländer gegen früher wesentlich erleichtert, und nun handelt es sich, etwaigen Zweifeln, welche in Bezug auf die Rechtsverhältnisse der Ausländer und das gerichtliche Verfahren gegen dieselben entstehen könnten, im Voraus zu begegnen. Der Vertrag hat daher keine andere Tragweite, als die notwendige Sicherstellung der russischen Staatsangehörigen in der Türkei gegen zweifelhafte oder willkürliche Auslegung der Gesehe. Vor Allem muß man wissen, daß nach dem Buchstaben des Gesetzes das Domicil in der Türkei ein Heiligthum ist, in welches Niemand wider Willen des Hausherrn eindringen darf, es sei denn auf ausdrücklichen Befehl der competenten Behörde und im Beisein einer ad hoc legitimirten obrigkeitlichen Person. Diese Heiligkeit des Domicils mußte auch den auswärtigen Staatsangehörigen gesichert werden. Es wurde demnach ausbedungen, daß in die Wohnung eines russischen Unterthans die Polizei nicht eindringen darf anders, als in Gegenwart des Consuls oder einer von ihm delegirten Person. Der Consul ist dabei verpflichtet, auf richtige Requisition der competenten Behörde binnen 6 Stunden den Delegirten für die Behörde zu stellen. Nur wenn der Consul über 9 Stunden von dem Ausländer wohnt, bei welchem eine Hausführung angestellt wird, darf die türkische Polizei, sobald Anschuldigungen auf gewisse schwere Verbrechen vorliegen, in Gegenwart dreier Mitglieder des örtlichen Aeltesten-Collegiums die Untersuchung bei dem Ausländer vornehmen. Civilrechtliche Ansprüche, die aus dem Besitze von Immobilien hervorgehen, werden in gewöhnlichem Wege angebracht und entschieden: Bei Criminalfällen wird dem Ausländer Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, sowie auch uneingeschränkte Vertheidigung zugesichert. — In der Gesellschaft zur Hebung des Handels und der Industrie hielt ein Herr d'Arrial einen bemerkenswerthen Vortrag, worin er die Anknüpfung einer regen und direkten Handelsverbindung mit den Baumwollen producirenden Theilen Amerikas empfahl. Seit dem nordamerikanischen Bürgerkriege sind die Plantagen wegen Mangels an Arbeitskräften vollständig ruiniert. Dabei sind die großen Plantagen-Besitzer zu ausgebeutet, um sie für einen Pappentitel zu verkaufen. Die Folge ist, daß Stücke der Plantagen an Leute verpachtet werden, die in kleinem Maße ernten wollen.

Diese Pächter sind meist arme Leute, denen oft das Betriebs-Capital mangelt: sie verpfänden häufig den größten Theil ihres Ertrages im Voraus an ihre Gläubiger, die ihnen Geld borgt, und diese sind dann die hauptsächlichsten Nutznießer der Plantagen-Wirtschaft. Da diese Leute ihrerseits das Geld oft selbst von Banken entlehnen, so entsteht eine Spekulationsstichtigkeit, die das Publikum zuletzt an der Waare bezahlen muß. Es soll z. B. eine Sorte, die in New-Orleans für eine niedere passirt, in Liverpool als mittlere verkauft werden. Wird eine Sorte direkt nach Petersburg adressirt, kommt ein Pud dort auf 12 Rubel, während eine nach Reval oder Kronstadt adressirte und durch einen Wechsel auf London honorirt auf 10 Rubel 60½ Kopeken kommt. Diese Preisdifferenz entsteht daher, weil von hier keine direkten Beziehungen zwischen russischen und amerikanischen Handlungshäusern stattfinden, weil russische Firmen in London wenig gekannt sind, und dann auch, weil die bisherigen Zwischenhändler ebenfalls ihre Hände im Spiele haben. Insbesondere soll das hier herrschende Vorurtheil hinderlich sein, als könne ein russisches Handlungshaus nur gegen baar Geld kaufen, während Andere per Telegraph und durch Wechsel die Sache reguliren. Herr d'Arrial empfiehlt vor Allem die Ernennung eines künftigen und tüchtigen Handelsagenten in New-Orleans. Man hat eingesehen, daß bisher die Handlungshäuser über die amerikanischen Verhältnisse zu wenig informiert waren, und daß sie daher Schwierigkeiten sich haben in den Weg legen lassen, die sonst leicht wegzuräumen gewesen wären. — Die Nothstände im Gouvernement Samara haben von allen Seiten die größte Opferwilligkeit erweckt. Die Provinzial-Landstände von Samara wollen eine große Anleihe (man sagt von 2 Millionen Rubel) aufnehmen. Die Regierung läßt von dem Defonomie-Capital große Summen an Ort und Stelle abgeben, und überall werden die großartigsten Sammlungen veranstaltet. Das Damen-Comite von der Gesellschaft zur Pflege kranker und verwundeter Krieger hat 5000 Rubel zusammengebracht: davon werden 2000 zum Verkauf von Samereien und 3000 zum Ankauf von Brod verbraucht. Die Redaction der „Moskauischen Zeitung“ hat 2000 Rubel, der bekannte „Samarin“ sogar 3000 Rubel gespendet. Aber die Noth ist so groß, daß die Wunden, die der Mißwachs der Provinz Samara geschlagen, nur allmählich verheilen können.

Amerika.

Newyork, 3. Novbr. [Aus dem Staate Indiana] wird eine kleine Revolte gemeldet. Die Behörden im Kreise Wayne haben beschlossen, die Kreisstadt von Centerville nach Richmond zu verlegen und dadurch eine Anzahl der Bürger der erigenannten Stadt bitter gekränkt. Eine Schaar von 10 Mann, durch Verkleidung unkenntlich gemacht, rückte am 29. October auf das Kreisgefängniß, das eben niedergefallen werden sollte, los, feuerte etwa 100 Schüsse auf die dienstthuenden Sheriffs und zertrümmerte schließlich mit Hülfe eines Sechspfünders, den sie mit Nägeln, zerhacktem Eisen u. s. w. luden, die Thüren des Gefängnisses. Die Vertheidiger desselben capitulirten hierauf und 30 Empörer besetzten alsdann das Gefängniß. Inzwischen hatte sich in Richmond, der begünstigten größeren Stadt, eine Truppe von 100 Mann gesammelt, die für die Drigkeit eintrat.

[Zur Schifffahrt.] In Antwort auf eine von 64 transatlantischen Dampfer-Linien, darunter den „Cumard“, „Inman“, „White Star“, „Norddeutschen Lloyd“ u. a. Linien unterzeichnete Denkschrift hat der Schatzsecretär geantwortet, daß die Regierung beabsichtige, Segelschiffe zur Benutzung von Signal-Laternen und Nebelhörnern zu zwingen und bittet, daß die Capitäne von Dampfern zur Ausfindigmachung solcher Segelschiffe, die den Geboten zuwiderhandeln, beitragen mögen.

Provinzial-Beitrag.

H. Breslau, 19. November. [Allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung.] Bekanntlich hatte der Ausschuß der Allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung bereits im vorigen Jahre Breslau als Versammlungsort für die XXI. Allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung in Aussicht genommen. Die eingehenden und sorgfältigen Erörterungen innerhalb der hiesigen Lehrerschaft führten damals dahin, daß der Ausschuß mit Rücksicht auf die mancherlei sehr erheblichen localen Schwierigkeiten von der Berufung der Allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung nach Breslau Abstand nahm und die Versammlung, da ihm infolge der durch die Verhandlungen hieselbst herbeigeführten Verzögerung der Angelegenheit die Beschaffung eines anderweitigen Versammlungsortes unmöglich gemacht worden war, für das Jahr 1873 überhaupt ausfallen ließ. In einer im Juli d. J. in Leipzig abgehaltenen combinirten Sitzung des Ausschusses der deutschen Lehrer-Versammlung und der Delegirten des preussischen Landes-Lehrer-Vereins, in welcher die Frage, wo die deutsche Lehrer-Versammlung im Jahre 1874 abzuhalten sei, zur Erörterung gelangte, ist abermals an Breslau gedacht und erklärt worden, daß man zunächst abwarten wolle, ob eine Einladung seitens der Breslauer Lehrerschaft an den Ausschuß der deutschen Lehrer-Versammlung ergehen würde. Eine im September zusammenberufene, zahlreiche besuchte allgemeine Versammlung der hiesigen Lehrer nahm nach lebhaften und erregten Debatten, in welchen alle Gründe für und wider die Aufnahme die eingehendste Erörterung fanden, eine Erklärung dahin gehend an, daß die Lehrerschaft Breslaus bereit sei, die Arbeiten, welche die Aufnahme der Allg. d. Lehrer-Versammlung erfordern würden, zu übernehmen, dem Ausschusse derselben aber anheimgebe, ob dieselbe trotz der in gleichem Maße wie voriges Jahr noch vorhandenen Bedenken und localen Schwierigkeiten Breslau zum Versammlungsort für 1874 wählen wolle. Eine in derselben Versammlung erwählte ständige Commission der hiesigen Lehrer ließ, nachdem sie noch durch Umfrage per Circular von einigen 40 Lehrern die Zusage erhalten hatte, eventuell in die Arbeit einzutreten, diese Erklärung an den Ausschuß der Allg. d. Lehrer-Versammlung, zu Händen des Vorsitzenden derselben, Superintendenten Schulze in Ohrdruf, gelangen. Darauf ist unter dem 30. September an den Vorsitzenden des bereits im vorigen Jahre hieselbst zusammengetretenen Comites und Mitglied der genannten ständigen Commission, Hauptlehrer Dr. Thiel, nachstehendes Schreiben eingegangen:

Mit Freuden folgen wir ihrer Einladung nach Breslau pro Pfingsten 1. J. Wir ehren ihr Festhalten an unserer guten Sache ebenso wie den Muth, welcher Sie vor den Schwierigkeiten des Unternehmens nicht zurückschrecken läßt. Ich hoffe indeß, die letzteren werden nicht zu groß sein, wenn Sie etwa zu veranlassende Vergünstigungen auf ein bescheidenes, keinen Aufwand erforderndes Maß beschränken und statt derselben der geselligen Unterhaltung mehr Raum geben, und — wenn auch die Herren Kollegen, die Ihnen früheren Beschlüssen nicht zustimmen, nun alle einmüthig mit Ihnen handeln. Auch wird Ihnen ja durch das Vorbild Hamburgs die Organisation des Ortsausschusses sehr erleichtert. Was die Wohnungsfrage betrifft, so wird natürlich nicht mehr geboten werden können, als was die obwaltenden Verhältnisse es gestatten.

Da Sie übrigens erst jetzt, nachdem Ihre Zuschrift vom 12. d. M. erst am 20. in meine Hände gekommen, eine Antwort erhalten, kam daher, daß in zwischen von dem braunschweiger Lehrerverein eine Einladung nach Braunschweig an uns gelangt war. Ich mußte daher nothwendig erst bei meinem Kollegen H. Hoffmann in Hamburg und Vertheil in Dresden anfragen, ob auch sie für Breslau stimmten. Wie voraus zu sehen war, gaben beide ihre volle Zustimmung dazu, und so erkläre ich im Namen des Ausschusses nochmals, daß wir mit Freuden der Einladung der ständigen Commission der städtischen Lehrer Breslaus, in ihrer Mitte die allgem. deutsche Lehrer-Versammlung zu Pfingsten 1874 tagen zu lassen, Folge leisten, und sehr einer dahingehenden Erklärung zum Behufe der zu erlassenden Bekanntmachung in der nächsten Zeit entgegen.

Die geehrten Herren der ständigen Commission u. c., die, gleich gesinnt mit uns, der Förderung des deutschen Schulwesens und der Verbrüderung der deutschen Lehrer nach Kräften zu dienen suchen, bitte ich, aufs herzlichste von mir zu grüßen.

In aufrichtiger Hochachtung Ihr ergebenster
Dr. M. Schulze,
Geschäftsführer des ständigen Ausschusses der Allgem. deutsch. Lehrer-Vers.

